

61/J XXI.GP

## ANFRAGE

**der Abgeordneten Mag. Haupt, Dolinschek und Kollegen**  
an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
betreffend **Armutsgefährdung durch „Atypische“ Arbeit**

Atypische" Arbeit, also geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit und befristete Jobs, Schein - Selbständigkeit sowie Arbeit auf Abruf - Arbeitsformen die uns bis vor kurzem nur aus den USA bekannt waren - sind auch in Österreich im Ansteigen. Studien zeigen, daß allein in Österreich 219.000 Menschen trotz Arbeit nicht genug Geld zum Leben verdienen. Das betrifft neben 93.000 Kindern vor allem Alleinerzieherinnen, kinderreiche Familien und Zuwanderer.

Für den Politikwissenschaftler Emmerich Talos ist dieser Trend eine gesellschaftspolitische Zeitbombe, weil er - spätestens wenn die Betroffenen arbeitslos, krank oder pensioniert werden - ein hohes Verarmungsrisiko mit sich bringt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die **Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales** die nachstehende

## ANFRAGE

1. Welche Maßnahmen sind von Ihnen geplant, um geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit und befristete Jobs, Schein - Selbständigkeit sowie Arbeit auf Abruf sozial besser abzusichern?
2. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die - von Ihnen bereits geforderte - einheitliche Sozialhilfepraxis endlich umzusetzen?
3. Wie sollt die geplante Harmonisierung der Versorgungstöpfe aussehen?
4. Welche Änderungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind vorgesehen, um dem Trend zu diesen Arbeitsformen entgegenzuwirken?
4. Halten Sie die derzeit geltenden Sozialhilferegelungen für tauglich um weitere Armut zu verhindern, wenn nein, welche Änderungen halten Sie für notwendig?